



Parteiprogramm
der
Sozialdemokratischen Partei
Sektion Vechigen

Januar 2011

Programm der Sozialdemokratischen Partei Sektion Vechigen

Bestelladresse

SP Vechigen, Postfach 218, 3067 Boll

oder kann im pdf-Format heruntergeladen werden unter:
www.vechigen.spbe.ch

Boll, Januar 2011

Vorwort des Präsidenten:

Was dieses Programm für uns bedeutet

Wenn Sie sich für die Sozialdemokratische Partei (SP) interessieren oder entscheiden, sollen Sie wissen, was diese Partei will, wofür sie steht und wie sie sich für die Menschen einsetzen will.

Dieses Programm ist eine Kurzfassung des neuen Parteiprogramms der SP Schweiz, welches im Oktober 2010 vom nationalen Parteitag verabschiedet worden ist. Jener 60-seitige Programmtext ist anspruchsvoll und sehr ausführlich formuliert. Er beinhaltet eine Sammlung von historischen Analysen, Grundsätzen, Strategien und zahlreichen Zielen und Massnahmen. Damit befriedigt er intellektuelle, historische, politikwissenschaftliche und ideologische Bedürfnisse; aber dieser umfangreiche Text eignet sich nicht für das Selbstverständnis unserer Sektionsmitglieder und für die Präsentation gegenüber Interessentinnen, Interessenten und Wählenden.

Wir präsentieren hier eine einfach lesbare Kurzfassung eines SP Parteiprogramms, die wir Interessierten, Neumitgliedern oder Neuzugezogenen überreichen können.

Diese Kurzfassung formuliert in verständlicher Sprache Grundsätze und Ziele der Sozialdemokratie in zwölf wichtigen Themenbereichen sowie unsere Schwerpunkte in der Gemeindepolitik. Wir verzichten bewusst auf eine detaillierte Aufzählung von Unterzielen und Massnahmen. Diese müssen ohnehin für jede Legislatur und auf jeder Stufe (Bund, Kanton, Gemeinde, Stadt) neu formuliert und aktualisiert werden. Wir verzichten auf ideologische Begriffe, die unseres Erachtens für die sozialdemokratische Praxis in der Politik nicht hilfreich sind. Als Orientierungsrahmen für die Redaktion dieser Programmkurzfassung hat uns neben dem Parteiprogramm der SP Schweiz der praktische Reformplan „Für eine moderne Schweiz“ von Simonetta Sommaruga und Rudolf H. Strahm (2005) gedient.

Diese Kurzfassung ist kein Gegenprogramm zum Parteiprogramm der SP Schweiz. Sie stellt eine sachbezogene und verständliche Umsetzung aus unserer Sicht dar und widerspiegelt das Selbstverständnis unserer Mitgliedschaft. Dabei gibt es in der SP-Mitgliedschaft und unter den Gewählten immer auch unterschiedliche Ansichten in Einzelfragen. Die SP ist keine dogmatische Glaubensgemeinschaft, sondern eine Bewegung von politisch Engagierten und Interessierten, die die gleichen Grundwerte teilen.

Wir betonen, dass wir die Grundwerte der schweizerischen Sozialdemokratie vorbehaltlos teilen, wie sie im neuen Parteiprogramm der SP Schweiz enthalten sind. Deshalb haben wir im Anhang zu dieser Kurzfassung das Kapitel „Unsere Grundwerte: Freiheit – Gerechtigkeit – Solidarität“ wortgetreu und ungekürzt aus dem Parteiprogramm der SP Schweiz von 2010 wiedergegeben. Diese Grundwerte, die sich aus der Aufklärung und der französischen

Revolution ableiten, sind gleichzeitig auch unsere Vision von einer Gesellschaft, die wir anstreben.

Die SP-Sektion Vechigen hat sich vor der Redaktion dieser Kurzfassung wiederholt mit dem Entstehungsprozess des SP Schweiz-Programms befasst. Sie hat am Parteitag in Lausanne teilgenommen, hat im Anschluss an den Parteitag den Programmverfasser zu einem Hearing eingeladen und sich danach erneut mit den Lausanner Beschlüssen befasst. Sie hat danach in einer Arbeitsgruppe diesen Text entworfen und am 26. Januar 2011 an der Hauptversammlung einstimmig verabschiedet.

Manuel Flückiger, Parteipräsident

Vechigen, im Januar 2011

SP Vechigen

3067 Boll

Inhalt

1. Sozialstaat	6
2. SP und Regierungsbeteiligung	7
3. Unser Wirtschaftsmodell: Soziale Marktwirtschaft	8
4. Bildung und Berufsbildung	9
5. Öffentliche Infrastruktur und Dienste (Service Public)	10
6. Staat und Steuern	11
7. Nachhaltiges, zukunftsfähiges Wirtschaften	12
8. Kultur und Medien	13
9. Ausländer, Migration und Integration	14
10. Aussenpolitik und Internationales Recht	15
11. Armee und Landesverteidigung	16
12. Die SP in den Kantonen und Gemeinden	17
Schwerpunkte in der Gemeindepolitik der SP Vechigen	18
Anhang: Unsere sozialdemokratischen Grundwerte	19

Zwölf sozialdemokratische Grundsätze und Ziele

1. Sozialstaat

Die SP hat den Sozialstaat erkämpft. Als soziales Gewissen der Schweiz verteidigt sie ihn gegen den Abbau. Die Bekämpfung von Armut durch die Sozialwerke und die Bekämpfung einzelner Missbräuche bei den Sozialleistungen gehen Hand in Hand. Die SP erkennt die Probleme der zukünftigen Finanzierung des Sozialstaats. Die Finanzierungsfrage ist lösbar. Sie darf nicht als Vorwand für den Abbau von Sozialleistungen missbraucht werden.

Die Sozialdemokratie setzt sich seit über hundert Jahren für soziale Sicherheit und damit für den sozialen Frieden ein und will diesen erhalten.

Die Sozialwerke des Bundes sind alle durch lange politische Kämpfe der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften errungen worden (AHV, IV, Unfall-, Arbeitslosen- und soziale Krankenversicherung).

In den Kantonen und Gemeinden setzte sich die SP für die Sozialhilfe, für Familien- und Kinderunterstützung und Lohnzulagen ein. Dabei ging und geht die SP immer auch Bündnisse mit sozial aufgeschlossenen Bürgerlichen ein.

Armut in der reichen Schweiz ist für uns nicht tolerierbar. Wer unverschuldet in Armut gerät soll die Unterstützung des Sozialstaats erhalten. Missbräuche der Sozialwerke jedoch müssen bekämpft werden, weil diese den Gedanken der sozialen Solidarität in der Bevölkerung zerstören.

Zur Verminderung und Beseitigung von Armut braucht es eine Kombination von Eigenverantwortung und sozialem Ausgleich durch den Staat. Mangelnde berufliche Ausbildung und Befähigung ist heute in der Schweiz das grösste Armutsrisiko. Die wichtigste Armutsverhinderung besteht deshalb in einer ausreichenden Ausbildung und Nachholbildung und in der Arbeitsmarktintegration (vorsorgende Sozialpolitik).

Unter Armut leiden vor allem Familien mit mehreren Kindern, namentlich Alleinerziehende. Hier hat die öffentliche Hand nach Auffassung der SP die Pflicht zur Bereitstellung von Tagesstrukturen und zusätzlicher Unterstützung für Kinder.

Im Ringen um die zukünftige Finanzierung der Sozialversicherungen sucht die SP neue Lösungen. Im Vordergrund steht in Zukunft die Finanzbeschaffung beispielsweise über die Mehrwertsteuer, weil diese alle und nicht nur die Arbeitnehmenden belastet. Noch mehr Lohnprozente verteuern vor allem den Faktor Arbeit. Die Finanzierungsfrage ist lösbar.

2. SP und Regierungsbeteiligung

Die SP will sich auf allen Ebenen an der Regierung beteiligen. Sie unterstützt die Konkordanz der beteiligten Parteien und strebt mit dieser das Gemeinwohl an - und nicht die Erfüllung persönlicher Interessen einzelner Politiker und Politikerinnen.

Um ihre Ziele durchzusetzen strebt die SP die Regierungsbeteiligung auf allen Ebenen an: Im Bund (Bundesrat), in jedem Kanton (Regierungsrat) und in den Gemeinde- und Stadt-Exekutiven.

Die SP ist eine Mitglieder- und Wählerpartei. In den Wahlkämpfen will sie eine möglichst starke und breite Vertretung in den Parlamenten und Exekutivbehörden erreichen. Ziel des Strebens um Beteiligung an der Macht ist immer die Verwirklichung des sozialen Ausgleichs in der Gesellschaft, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Dienste (Service Public) und der langfristige Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Ziel ist das Gemeinwohl und nie der Vorteil für einzelne Politikerinnen und Politiker.

Die SP steht hinter der Konkordanz und lebt von der Konkordanz. Das heisst, dass alle namhaften politischen Kräfte in den Regierungen etwa entsprechend ihrer Stärke vertreten sein sollen und dass sie im Regierungsgremium (Bundesrat, Regierung, Gemeindeexekutive) um Kompromisse ringen. Die SP sucht fähige und integre Kandidatinnen und Kandidaten für die Wahllisten und Behörden.

Wir fordern Klarheit und volle Transparenz bei der Finanzierung von Wahlkämpfen, Kandidatinnen, Kandidaten und Abstimmungen. Der demokratische Prozess wird durch externes und intransparentes Sponsoring immer stärker verfälscht und damit die Demokratie geschwächt.

Die SP hat zusammen mit den Gewerkschaften bereits im Generalstreik (1918) das Frauenstimmrecht gefordert und als erste politische Bewegung dafür gekämpft. Seit der Einführung des von der SP seit jeher geforderten Frauenstimmrechts (auf Bundesebene erst 1971) strebt die SP eine angemessene Frauenvertretung in allen politischen Behörden und in den Organen der eigenen Partei an. Die Gleichstellung und ökonomische Unabhängigkeit der Frauen muss in allen Gesetzen verwirklicht werden.

3. Unser Wirtschaftsmodell: Soziale Marktwirtschaft

Die SP unterstützt die soziale Marktwirtschaft, die einerseits den Wettbewerb mit klaren Spielregeln sicherstellt und andererseits Ungleichheiten durch den sozialen Ausgleich korrigiert. Privates Eigentum soll garantiert und gleichzeitig durch klare Schranken und Verpflichtungen im Sinne des Gemeinwohls geregelt werden.

Die SP steht ein für eine soziale Marktwirtschaft. Die Marktwirtschaft ist nur dann sozial, wenn der Staat den sozialen Ausgleich sicherstellt und den Wettbewerb mit klaren Rahmenbedingungen absichert.

Wettbewerb ist meist effizient, aber er ist nicht immer gerecht und kann auch Ungleichheiten erzeugen. Deshalb gehört für die SP der soziale Ausgleich über die Sozialwerke und durch den Ausgleich zwischen armen und reichen Gesellschaftsgruppen und Regionen des Landes unabdingbar zu einer Wettbewerbswirtschaft. Fairer Wettbewerb benötigt auch die Durchsetzung klarer Regeln durch die staatlichen Wettbewerbsbehörden.

Marktwirtschaft heisst für die SP auch Garantie für das private Eigentum. Die Garantie des Eigentums muss allerdings seine Schranken haben, wo mit Eigentums- oder Wettbewerbsfreiheit Andere geschädigt werden können.

- Das heisst zum Beispiel: Regeln für den Arbeitsmarkt mit einem gerechten Ausgleich zwischen Arbeitgebern und den Sozialpartnern, dies zum Schutze der Arbeitnehmenden. (Arbeitsmarktpolitik)
- Das heisst z.B. strenge Regeln für die Börsen und Banken zum Schutze der Volkswirtschaft vor Spekulation und Systemrisiken. (Finanzmarktregulierung)
- Das heisst z.B. strenge Wettbewerbsregeln und Sanktionen gegen Kartelle und Wettbewerbsabsprachen, sowie eine wirksame Preisüberwachung bei staatlichen und privaten Monopolen und marktbeherrschenden Unternehmen zum Schutze von Konsumentinnen und Konsumenten. (Wettbewerbspolitik)
- Das heisst z.B., dass der Staat (Bund und Kantone) die Konjunkturunbrüche abfedert und Arbeitslosigkeit mit Konjunkturmassnahmen zeitlich befristet bekämpft; und dass die Nationalbank mit ihrer Geldpolitik sowohl die Geldwertstabilität anstrebt (Bekämpfung von Inflation und Deflation) als auch auf die Beschäftigung und das Wohlergehen der KMU achtet. (Konjunkturpolitik)

4. Bildung und Berufsbildung

Die SP ist für eine hoch qualifizierte staatliche Schule und für ein starkes und effizientes Aus- und Weiterbildungssystem. Sie kämpft für die öffentliche Finanzierung des Bildungswesens. Besondere Unterstützung verdient das schweizerische Berufsbildungssystem mit der Berufslehre.

Bildung hat für die SP als oberstes Ziel, alle Menschen von sozialen Zwängen und Abhängigkeiten zu befreien und sie zu einem selbstbestimmten Leben zu befähigen. Bildung, wie wir sie im Sinne der Aufklärung verstehen, soll auch helfen, ideologische Abhängigkeiten und nationalistische Ideologien zu durchschauen.

Die SP steht für eine staatlich geführte Schule sowie für öffentlich finanzierte Hochschulen. Gegenüber der Privatisierung oder Konfessionalisierung der Angebote in der Volksschule ist sie skeptisch. Sie will bedarfsgerechte Angebote von Tagesstrukturen in der Volksschule.

Die berufliche Ausbildung soll allen eine Beteiligung am Arbeitsmarkt ermöglichen und die Arbeitnehmenden und die gesamte Wirtschaft befähigen, uns als Hochlohn- und Hochpreisland dank hoher Arbeitsqualität und Präzisionsarbeit in den globalen Märkten auch in Zukunft zu behaupten. Die Berufsbildung ist eine Quelle unseres Wohlstandes.

Die SP unterstützt und fördert deshalb das duale Berufsbildungssystem mit der Kombination von betrieblicher Lehre und öffentlicher Berufsfachschule. Sie steht hinter den berufspraktischen Bildungsgängen, die von einer Mehrheit unserer Bevölkerung absolviert werden, und sie unterstützt die berufliche und allgemeine Weiterbildung in öffentlichen und privaten Institutionen.

Die SP setzt sich in Bund, Kantonen und Gemeinden ein für starke, qualifizierte und gut bezahlte Lehrpersonen und für mehr Finanzmittel zugunsten der Bildung, Ausbildung und beruflichen Integration. Denn Mängel bei der Ausbildung und Berufsintegration müssen später durch höhere Sozialaufwendungen bezahlt werden.

Berufliche Bildung, Hochschulbildung, ständige Weiterbildung und Forschung sind die wichtigsten und fast einzig wirksamen Faktoren, die einem Industrieland wie der Schweiz im globalen Wettbewerb eine Zukunft sichern.

5. Öffentliche Infrastruktur und Dienste (Service Public)

Die SP ist die Partei des Service Public (SP). Der Service Public ist der wichtigste Faktor unseres hohen Lebensstandards für alle. Sie verteidigt die öffentlichen Dienste und die staatliche Infrastruktur. Sie akzeptiert auch deren organisatorische Verselbständigung und die Zulassung von privaten Anbietern.

Die Lebensqualität in der Schweiz ist international vorbildlich, weil unsere Spitaleinrichtungen und Heime, die Schulen, das öffentliche Verkehrswesen, die Post und Telekommunikation, die Versorgung und Entsorgung gut funktionieren.

Die SP widersetzt sich der neoliberalen, längst widerlegten Doktrin, wonach die öffentlichen Infrastrukturen und Dienste mit der Privatisierung effizienter würden. In der Schweiz wurde bewiesen, dass öffentliche Dienste und Infrastrukturen effizient und einwandfrei funktionieren, und dass die Zulassung von privaten Anbietern die Effizienz der Service Public-Unternehmen noch verbessern kann. Auch die wirtschaftliche und leitungsmässige (Teil-)Verselbständigung dieser öffentlichen Unternehmen kann zur Effizienz beitragen.

Die SP steht dafür ein, dass weiterhin Spitäler und Schulen, öffentliche Verkehrsunternehmen und Verkehrsnetze, Telecom- und Elektrizitätsnetze und –werke bei der öffentlichen Hand bleiben. Dabei widersetzt sie sich nicht einer wirtschaftlichen und organisatorischen Verselbständigung dieser Betriebe. Sie akzeptiert auch die regulierte oder konzessionierte Zulassung von privaten Anbietern, soweit nicht eine technische Monopolsituation dagegen spricht und nicht das ganze Angebot verteuert wird (z.B. bei Netzen). Die Versorgungssicherung mit klaren Leistungsaufträgen ist ein geeignetes Lenkungsinstrument.

Wirtschaftliche Effizienz und öffentlicher Auftrag im Sinne des Service Public sind für die SP kein Gegensatz.

6. Staat und Steuern

Die SP ist für eine Besteuerung nach dem verfassungsmässigen Leistungsfähigkeitsprinzip, wonach Wohlhabende mehr an die öffentlichen Aufgaben beitragen sollen als wirtschaftlich Schwächere. Sie setzt sich dafür ein, dass der Staat die Mittel so effizient einsetzt, dass die Bürgerinnen und Bürger Vertrauen haben und wissen, wofür sie Steuern zahlen.

Es ist nicht das Ziel der SP, die Bürgerinnen und Bürger mit möglichst hohen Steuern zu belasten. Doch Steuern und Abgaben sind dazu da, mittels öffentlicher Güter, die allen nützen, die Wohlfahrt und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger zu mehren, den sozialen Ausgleich und die Bildung zu finanzieren und mit Ausbildung und Forschung die internationale Konkurrenzfähigkeit zu sichern. Vertrauenswürdig ist das Steuersystem nur, wenn der Staat seine Mittel effizient und kostensparend einsetzt.

Das Steuersystem muss gerecht sein. Entsprechend dem Leistungsfähigkeitsprinzip, das eines unserer Verfassungsziele darstellt, sind Wohlhabende stärker zu besteuern als wirtschaftlich Schwächere.

Die SP steht auch für einen Steuer- und Finanzausgleich zwischen wirtschaftlich starken und schwachen Regionen und für eine Verhinderung von Exzessen mit örtlich extrem unterschiedlichen Steuerbelastungen. Sie steht auch für eine Vereinfachung des Steuersystems und einen weiteren Abbau des kantonalen Steuerwirrwarrs.

Wir widersetzen uns der Doktrin, dass der Staat über (verminderte) Steuereinnahmen zu steuern sei. Vielmehr soll die effiziente Erbringung von Staatsleistungen von Bund, Kantonen und Gemeinden definiert werden. Und an diesen notwendigen Staatsaufgaben muss die Bemessung von Steuern und verursachergerechten Abgaben orientiert werden.

Starke Staaten mit ausreichenden Steuern und effizientem Service Public garantieren mehr Lebensqualität und Wohlstand (z.B. in skandinavischen Ländern) als schwache, deregulierte Staaten mit einer schwachen öffentlichen Infrastruktur (z.B. in angelsächsischen Ländern). Jeder Steuerfranken ist schliesslich auch gleichzeitig ein Ausgaben- oder Investitionsfranken der öffentlichen Hand. Deshalb sind richtig konzipierte Steuern und Abgaben wohlfahrtsfördernd.

7. Nachhaltiges, zukunftsfähiges Wirtschaften

Die SP tut alles, damit unsere Landschaften, die natürlichen Ressourcen und die globale Umwelt auch den zukünftigen Generationen zur Verfügung stehen werden und dass unser Konsummuster sie nicht schädigt. Diese langfristige Sichtweise erfordert eine marktwirtschaftliche Lenkung zu mehr ökologischer Effizienz bei der Produktion und zu mehr Nachhaltigkeit in unserem Konsumverhalten.

Nachhaltigkeit heisst für uns Zukunftsfähigkeit für nachfolgende Generationen. Die natürlichen Ressourcen, Energieträger und Landschaftsgüter sollen auch unseren Kindern und Kindeskindern zur Verfügung stehen, ohne dass diese die Altlasten unserer Generation zahlen müssen, seien es nun Gifte in der Umwelt, Treibhausgase in der Atmosphäre oder radioaktive Belastungen der Erde.

Allem voran ist für die SP die Energiepolitik eine Jahrhundertaufgabe in Richtung Nachhaltigkeit. Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind mittels neuer und intelligenter Technologien („Cleantech“) öffentlich zu fördern. Es braucht Motivation zur Eigenverantwortung kombiniert mit öffentlichen Lenkungsinstrumenten. Längerfristig streben wir den Ausstieg aus der Atomkraft an.

Mit marktwirtschaftlichen Lenkungsinstrumenten (z.B. mit einer CO₂-Abgabe) sollen der Verbrauch fossiler Energien reduziert und effizientere Nutzungstechniken sowie erneuerbare Energien gefördert werden (wie Windkraft, Solarenergie, Biogasnutzung, etc). Wo solche Instrumente versagen oder verhindert werden, braucht es Grenzwerte für Schadstoffe und Emissionen.

Diese ökologische Umorientierung des Wirtschaftens und Haushaltens auf „effizient“ und „nachhaltig“ (sog. Ökologischer Umbau) schafft wettbewerbsfähige Technologien und Arbeitsplätze.

Unser Wirtschaften muss in eine grösstmögliche Recyclingwirtschaft umgestaltet werden. Dies erfordert neue Investitionen, die sich aber durch spätere Einsparungen bezahlt machen. Länder mit einer technologischen Vorreiterrolle schaffen sich später auch Wettbewerbsvorteile.

Der Vorwand höherer Kosten des Umweltschutzes und des Energiesparens ist ein Scheinargument und reflektiert unökonomisches, kurzsichtiges Denken. Denn Ressourcensparen vermindert angesichts steigender Knappheiten von Naturgütern die zukünftigen Kosten.

8. Kultur und Medien

Für die SP heisst Kulturpolitik vor allem Unterstützung und Förderung der kulturellen Vielfalt in der Schweiz. Die regionalen und sprachlichen Kulturen sollen sich selber entwickeln können. Um den nationalen Zusammenhalt zu bewahren erfordert diese Vielfalt ein öffentlich-rechtliches Radio und Fernsehen.

Es ist nicht Aufgabe des Staates, die Kultur zu lenken oder vorzuschreiben. Ausnahme bilden die festgelegten Bildungsziele im Rahmen der öffentlichen Schulen, wo die öffentliche Hand Lehrpläne und Kompetenzziele vorgeben kann.

Der Staat soll jedoch die verschiedenen Kulturen in unserem Land fördern, besonders auch die Aktivitäten von regionalen, sprachlichen und ethnischen Minderheitskulturen. Der interkulturelle Austausch zwischen den Sprachregionen und Bevölkerungsgruppen soll durch den Bund und die Kantone mitfinanziert werden.

Die SP unterstützt dezidiert das öffentlich-rechtliche Radio und Fernsehen (Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG). Sie steht ein für deren Unabhängigkeit und öffentliche Finanzierung. Es gibt keine grössere Entfremdung von der „Idee Schweiz“, als eine Privatisierung und Zerschlagung des nationalen Radio- und Fernsehansichters. Neben dem drei- oder viersprachigen, öffentlich-rechtlichen Qualitätsanbieter von Radio und Fernsehen haben durchaus auch lokale Radio- und Fernsehsender ihren Platz.

Der SP ist auch die Bedeutung der Zivilgesellschaft, also von Vereinen, Verbänden, Parteien, lokalen Gruppierungen und Bürgerinitiativen, bewusst. In ihnen wird auf der Basis von Freiwilligenarbeit ein enormer Beitrag für den kulturellen und sozialen Zusammenhalt und für die gesellschaftliche Dynamik geleistet.

9. Ausländer, Migration und Integration

Die SP steht ein für eine menschenwürdige Behandlung aller Ausländerinnen und Ausländer, für faire Verfahren und klare Regeln. Die Zuwanderung muss sich nach den völkerrechtlichen und rechtsstaatlichen Regeln richten. Missbräuche sollen bekämpft werden. Und wer in der Schweiz verbleiben will, muss Bereitschaft zur Integration zeigen und der Staat muss diese fördern und fordern.

Wir wissen, dass die Ausländerfrage unser Land seit Jahrzehnten spaltet.

In der Migrationspolitik ist für die SP oberstes Ziel, dass jeder Mensch, gleichgültig ob Schweizer und Schweizerin oder Ausländer und Ausländerin, die menschliche Würde und Unversehrtheit und den Schutz des Staates verdient.

Es gibt kein generelles Menschenrecht auf Einwanderung, ausser in Fällen, wo dies im Völkerrecht verankert ist, nämlich im Asylrecht und innerhalb der Personenfreizügigkeits-Abkommen.

Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, haben klar das Recht auf Asylgewährung und den Flüchtlingsstatus. Wo diese Bedrohung wegfällt, gibt es kein Recht auf Asyl. Die SP hat sich immer für eine humanitäre und wohlwollende Asylpraxis und für faire Verfahren eingesetzt; sie sieht aber auch deren Grenzen, wenn diese missbraucht werden.

Die SP akzeptiert die Personenfreizügigkeit im Rahmen der Verträge mit der Europäischen Union unter der Bedingung, dass mit flankierenden Massnahmen ein Schutz gegen Lohndumping (Lohnunterbietung) wirksam praktiziert wird. Die SP fordert auch eine bessere Anerkennung der qualifizierten schweizerischen Berufsabschlüsse und Diplome, die mit den ausländischen Diplomen oft nicht vergleichbar sind und für Inländer zu Benachteiligungen führen können.

Wer in die Schweiz einreist und hier verbleiben will, hat die Pflicht zur Aneignung von örtlicher Sprache und von Grundkompetenzen, die eine Teilhabe in der Gesellschaft und in den Schulen ermöglichen sowie der Arbeitsmarktintegration dienen.

Bei der Integration von Ausländerinnen und Ausländern müssen öffentliche Fördermassnahmen (z.B. Bildung und Nachholbildung) und klare Anforderungen an den Verbleib (z.B. mit einer Integrationsvereinbarung und bei Einbürgerung) kombiniert werden. Die Integrationsmassnahmen müssen eine Kombination von „Fördern und Fordern“ darstellen.

10. Aussenpolitik und Internationales Recht

Weltoffenheit ist für die SP auch dann ein Ziel, wenn sie vorübergehend Nachteile mit sich bringt. Die Globalisierung erfordert von allen Ländern die Akzeptierung globaler Spielregeln. Nach Auffassung der SP kann die Schweiz ihre Interessen langfristig nur im europäischen Verbund verwirklichen. Deshalb strebt die Partei eine weitere Annäherung an die Europäische Union an.

Die SP hat sich seit Jahrzehnten für eine Öffnung der Schweiz eingesetzt und die nationale geistige Enge zu überwinden versucht. Oberstes Ziel unserer Aussenpolitik ist für die SP die Erhaltung des Friedens in der Welt. Denn von einer friedlichen Welt profitieren wir alle.

Die Globalisierung erzwingt auch die Einhaltung von globalen Spielregeln, die im internationalen Recht (Völkerrecht) vereinbart und rechtsstaatlich genehmigt worden sind. Solche völkerrechtlichen Verträge sind einzuhalten. Als kleiner Staat haben wir besonderes Interesse an der Verankerung und Einhaltung des internationalen Rechts.

Wir beurteilen die Europäische Union positiv, die uns in Europa dauerhaften Frieden und Wohlstand gebracht hat. Auch als Nichtmitglied hat unsere Wirtschaft aus der Entwicklung Europas enormen Nutzen gezogen.

Wir sehen uns in Europa und wir sind für eine vertiefte Beteiligung und Mitwirkung an der Europäischen Union. Auch wenn wir die damit verbundenen Probleme anerkennen, insbesondere bei der Erhaltung der Abstimmungsdemokratie, ist unsere langfristige Vision ein Beitritt mit vollen Mitwirkungs- und Mitregierungsmöglichkeiten in Europa. Auf dem Annäherungsweg nach Europa unterstützen wir auch weitere Abkommen, die zu einer dynamischen Übernahme des EU-Rechts oder eine Angleichung unseres Rechts an das Binnenmarktrecht ermöglichen. Zur Aussenpolitik gehören die Bekämpfung der Armut, die Erringung von Menschenrechten und die Unterstützung von Regierungen und Organisationen (und zwar von staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen), welche die Menschenrechte und die soziale Gerechtigkeit anstreben. Die Entwicklungshilfe und Entwicklungszusammenarbeit muss gezielt auf die ärmsten Bevölkerungsschichten in den Entwicklungsländern ausgerichtet werden.

Der spezifische schweizerische Beitrag, der international und entwicklungspolitisch am meisten ins Gewicht fällt, ist die Bekämpfung von Steuerflucht und schmutzigem Geld (aus Korruption, Waffen, Drogen) bei Schweizer Banken. Amtshilfe und Rechtshilfe an ausländische Rechtsstaaten auch bei Steuerflucht gehören zu den neuen weltweiten Spielregeln.

11. Armee und Landesverteidigung

Landesverteidigung heisst für die SP Bevölkerungsschutz. Eine moderne Armee muss nach Auffassung der SP auch zum Katastropheneinsatz und zu Aufgaben der Friedenssicherung im Ausland befähigt werden. Eine militärische Verteidigung der Schweiz ist nach Auffassung der SP nur noch in der Kooperation und im Verbund mit anderen europäischen Staaten denkbar.

Landesverteidigung ist mehr als bloss die Aufrechterhaltung einer Armee. Denn die Bedrohungen sind heute mehr denn je nichtmilitärischer Art.

Landesverteidigung heisst für uns auch Schutz der Bevölkerung vor Naturkatastrophen, Atomunfällen oder anderen Gewaltereignissen. Voraussetzung für unseren aktiven Schutz vor kriegerischen Ereignissen und Konflikten ist aber auch die Stabilität und Friedenssicherung im Ausland, insbesondere in Europa und an dessen Grenzen.

Wir befürworten eine Armee, die die Bevölkerung schützt. Gewalteininsatz bei internen sozialen oder politischen Unruhen im Inland lehnt die Sozialdemokratie seit jeher ab.

Wir befürworten eine Armee, die auch in der Lage ist, befristet im Rahmen internationaler, völkerrechtlich gesicherter Einsätze bei der Friedenserhaltung und Friedenssicherung und bei der Durchsetzung von Menschenrechten mitzuwirken. Dazu brauchen die Armeeingehörigen das entsprechende Material und die passende Ausbildung.

Für die Erhaltung der Neutralität und für eine bewaffnete Landesverteidigung ist die Koordination und Zusammenarbeit mit anderen europäischen Staaten unabdingbar. Jede Alleingangsdoktrin ist in der bewaffneten Verteidigung eine nostalgische und realitätsferne Selbsttäuschung. Die Einhaltung von Neutralität in bewaffneten Konflikten ist (solange wir nicht angegriffen werden) für uns selbstverständlich.

Die SP hat den Zivildienst immer stark unterstützt und gefördert. Dieser muss in Zukunft eine noch grössere Bedeutung erhalten. Die Wehrpflicht muss in eine allgemeine Dienstpflicht umgewandelt werden, die auch die zivilen Dienste an der Gemeinschaft einschliesst.

12. Die SP in den Kantonen und Gemeinden

Die SP ist auch eine Kommunal- und Kantonalpartei. Frauen und Jugendliche haben innerhalb der Partei zusätzlich ihre eigenen Organisationen. Die SP ist vielfältig und arbeitet auf Kantons- und Gemeindeebene sachbezogen. Sie darf nicht allein an den nationalen Zielen gemessen werden. Was letztlich zählt, ist das, was die SP vor Ort für die Menschen tut.

Die SP war historisch immer bestrebt, das Gemeinwesen auf allen Ebenen des Staates – im Bund, in den Kantonen und den Gemeinden - mitzugestalten.

Dementsprechend gliedert sich die Sozialdemokratische Partei auch nach den drei Ebenen im Staat:

- Die SP-Sektionen in den Gemeinden, in Gemeindeverbänden und in den Städten,
- die SP-Kantonalparteien in allen Kantonen und
- die SP Schweiz auf Bundesebene.
- Zusätzlich kennen die SP-Frauen, die Jungsozialisten Juso sowie die Ausländersektionen ihre eigene Struktur innerhalb der Partei.

Auf internationaler Ebene wirkt die SP Schweiz in der Sozialistischen Internationale SI aktiv mit, in welcher die sozialdemokratischen und demokratischen sozialistischen Parteien der westlichen Demokratien zusammen arbeiten.

Von Kanton zu Kanton und von Gemeinde zu Stadt verfolgt die SP unterschiedliche, pragmatische Schwerpunkte der Kantons- und Kommunalpolitik.

Aktuelle Schwerpunkte in der Gemeindepolitik der SP Vechigen

Neben unseren grundsätzlichen Positionen, die wir unter vechigen.spbe.ch aufführen, verfolgt die SP Vechigen gemeinsam mit ihren Behördenmitgliedern aktuell folgende Schwerpunkte in der Gemeindepolitik:

Bildung / Schulstrukturen: Wir wollen in Vechigen eine Schulstruktur, die ein zukunftsorientiertes Bildungsangebot sicherstellt. Die Gemeinde stellt dazu eine bedarfsgerechte

Infrastruktur zur Verfügung und sorgt für eine optimale Nutzung. Für die Schullandschaft in der Gemeinde ist bezüglich Raumangebot eine nachhaltige, kindergerechte wie auch finanziell tragbare Lösung zu finden. Die Schulanlagen sind dabei möglichst auf die zwei Schwerpunkte Utzigen und Boll zu konzentrieren.

Umwelt / Landschaft: Die Aufgaben im Bereich Umwelt in Vechigen sind vielfältig und reichen von der Sicherung wertvoller Biotop über den Abschluss von Verträgen zur ökologischen Aufwertung der Landschaft bis zum Wasserbau und Hochwasserschutz. Eine intakte und schöne Landschaft ist das Kapital von Vechigen als Ort fürs Leben. Im Rahmen der Ortsplanungsrevision ist deshalb der Landschaftsentwicklung gebührend Rechnung zu tragen. Angesichts des grossen Bau- und Unterhaltsbedarfs müssen beim Wasserbau Priorität und Effektivität der Massnahmen sichergestellt sein.

Wehrdienste / Überkommunale Zusammenarbeit: Vorab im Bereich der Wehrdienste ist der Bedarf und Nutzen einer überkommunalen Zusammenarbeit offensichtlich und ausgewiesen. Die materielle und personelle Einsatzorganisation der Wehrdienste; insbesondere auch durch erhöhte Einsatzerfahrung wird dadurch qualitativ verbessert und es wird ein effizienter und kostengünstiger Einsatz der Mittel ermöglicht. Die seit Jahren diskutierte Anschaffung eines neuen Tanklöschfahrzeuges kann sich die Gemeinde Vechigen alleine nicht leisten.

Finanzierung unserer Infrastrukturen: Der Unterhalts- und Erneuerungsbedarf von Vechigens Infrastrukturanlagen ist gross. Die weitläufige Gemeinde lebt bei den über 120 Kilometer Strassen und den vielen Gemeindeliegenschaften von ihrer Substanz. Um die Werterhaltung langfristig sicherzustellen und als Grundlage für eine verlässlichere Budgetierung und Investitionsplanung ist vorab bei den Strassen und Liegenschaften der Unterhalts- und Erneuerungsbedarf lückenlos zu ermitteln und eine Massnahmenplanung offen zu legen. Die Bedarfsfrage muss gestellt werden.

A n h a n g:

Unsere sozialdemokratischen Grundwerte:

Freiheit – Gerechtigkeit - Solidarität

Wortgetreue, ungekürzte Wiedergabe der Grundwerte im Parteiprogramm 2010 der SP Schweiz

Gerechtigkeit ist der zentrale Wert der Sozialdemokratie. Er ist untrennbar mit zwei anderen wichtigen Werten verbunden: Solidarität und Freiheit. Er beruht auf der grundlegenden Überzeugung, dass alle Menschen durch die gleiche Menschenwürde ausgezeichnet sind und ihnen deshalb die gleichen Lebenschancen zustehen sollen. Er gründet zudem im Wissen, dass die real existierenden Zustände überall, wenn auch nicht überall im gleichen Ausmass, von gerechten Zuständen weit entfernt sind. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist die Geschichte des Kampfes um Gerechtigkeit. Dabei entwickelte sich die SP von einer Klassenpartei zu einer Wertepartei, die für Menschen aus allen Gesellschaftsschichten offen steht, welche ihre Grundwerte teilen.

Das Bürgertum hat vom revolutionären Dreigestirn der Aufklärung «Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit» nur die Freiheit zu seinem Projekt gemacht und darunter erst noch vorab die Freiheit der Besitzenden verstanden. Die Sozialdemokratie hat im 20. Jahrhundert mit allen drei Werten ernst gemacht und wird dies weiterhin tun. Gleichheit heisst in unserem Verständnis sowohl gleiche Rechte als auch tatsächliche gesellschaftliche Gleichstellung der Individuen. Gleichheit wird damit gleichbedeutend mit Verteilungsgerechtigkeit als Kern der sozialen Gerechtigkeit, und das Recht auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Wohnen und Existenzsicherung wird vom programmatischen Sozialziel des Staates zu einklagbaren sozialen Grundrechten fortentwickelt. Jeder Mensch ist an Würde gleich und soll deshalb unabhängig von seinem Geschlecht, seiner Rasse, seiner religiösen Anschauung, sexuellen Orientierung und Identität, seiner Herkunft und Nationalität, ob behindert oder nicht, die gleichen Lebenschancen haben. Gleichheit ist in unserem Verständnis also gerade das Gegenteil von Gleichmacherei; sie ist vielmehr die Voraussetzung dafür, dass sich die Verschiedenartigkeit der Menschen und die Vielfalt der gesellschaftlichen Gruppierungen entfalten können und nicht durch Diskriminierungen behindert werden. Wir beziehen Gleichheit auch auf Freiheit: Nur wenn es in einer Gesellschaft die Gleichheit an Freiheiten gibt, handelt es sich um eine freiheitliche Gesellschaft.

Freiheit verdient diesen Namen für die Sozialdemokratie nur, wenn sie allen Menschen ermöglicht, ein selbstbestimmtes und würdiges Leben zu führen und gleichberechtigt am Wirtschaftsprozess teilzunehmen. Freiheit setzt eine emanzipatorische Gesellschaftspolitik voraus. Es ist nicht einzusehen, warum die Wirtschaftsfreiheiten nur der besitzenden Minderheit zustehen sollen und nicht auch den besitzlosen Mehrheiten. Wir fordern die Gleichheit an Freiheiten als Menschenrechte, die an keine andere Voraussetzung gebunden sind als an das Menschsein. Das muss auch für die Wirtschaftsfreiheiten gelten.

Die Sozialdemokratie war immer Teil einer internationalen Freiheitsbewegung. Seit ihren Anfängen ist sie eine Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft und eine Demokratiebewegung, die für die Teilhabe aller am Staat und an der Wirtschaft kämpft. Sie war es, die in ganz Europa die Ideen der Französischen Revolution und der Revolution von 1848 weiterführte. Demokratieggeschichte ist in Europa von der Geschichte der Sozialdemokratie nicht zu trennen. Sie hat Freiheitsrechte und Demokratie erstritten, das Frauenstimmrecht erkämpft und sich jeder Diktatur und staatlichen oder nichtstaatlichen Unterdrückung widersetzt, gleichgültig ob diese bürgerlich, faschistisch oder kommunistisch war. Deshalb war stets klar: Erst der demokratische Rechtsstaat schafft das Recht auf Freiheit und schützt und begrenzt dieses, denn Freiheit ist nur als Ordnung gegenseitiger Rechten und Pflichten möglich.

Sozialdemokratische Politik setzt an diesem Punkt an: Dafür sorgen, dass alle Menschen die gleiche Ausgangsposition erhalten, tatsächliche Chancengleichheit realisiert ist und jeder nach seinen Bedürfnissen und Fähigkeiten seinen Beitrag zur Gesellschaft leisten kann. Die Menschen sollen nicht länger gezwungen sein dort zu verharren, wo sie der Zufall der Geburt in die Welt gesetzt hat.

Solidarität ist die wichtigste Handlungsmaxime für die SP. Wir verstehen darunter jede Form von Politik und persönlichen Verhaltensweisen, die auf Teilnahme und gemeinsamem Handeln beruhen und auf die möglichst gerechte Verteilung von Gütern, Diensten, Macht, Wohlstand und Lebenschancen für alle Menschen abzielen. Solidarisches Handeln ist also immer auf den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Solidarische Politik bedeutet Umverteilung, verstanden als Korrektur von bestehenden ungerechten Verteilungen, als Beseitigung oder Verminderung von Benachteiligungen, als bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die Natur. Solidarität ist auch eine Verpflichtung seinen Kräften gemäss an der Umverteilung der Reichtümer mitzuwirken, sich aktiv ins soziale Leben einzubringen, Verantwortung zu übernehmen für die Schwächsten und für jene, die existentiell auf die Gesellschaft angewiesen sind. Für die SP gibt es drei zentrale Solidaritäten: Solidarität in der eigenen Gesellschaft, internationale Solidarität und Solidarität mit den Nachgeborenen.

Die ideellen Freiheitsrechte (Gewissens- und Religionsfreiheit, Meinungsäusserungs-, Presse-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) sind Errungenschaften der bürgerlichen Revolution, die seither vorab von der Sozialdemokratie verteidigt und weiter entwickelt werden. In Übereinstimmung mit ihren Werten steht die Sozialdemokratie zudem für die Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte ein, welche die ideellen Freiheitsrechte ergänzen. Die Achtung gemeinsamer Sozialrechte geht dabei der Ausübung wirtschaftlicher Freiheitsrechte vor. So gehört zur Vereinigungsfreiheit auch das Recht auf kollektive Kampfmassnahmen gegen Arbeitgeberwillkür. Die Sozialdemokratie lehnt die Wirtschaftsfreiheit nicht einfach ab. Sie darf aber nicht allein das Vorrecht jener sein, die über Produktionsmittel verfügen oder selbständig Erwerbende sind. Vielmehr soll sie zu

einem Wirtschaftsbürgerrecht fortentwickelt werden, damit alle an der Wirtschaftsfreiheit teilhaben und auf allen Ebenen der Wirtschaft mitbestimmen können.